

Bericht und Antrag der GPK¹ zum Geschäftsbericht 2021 der Stadt Zürich (GR Nr. 2022/117 vom 30. März 2022)

1. Einleitung und generelle Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 49 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Die Referentinnen und Referenten konnten mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratsmitglied beziehungsweise mit der Stadtschreiberin eine Besprechung über das Geschäftsjahr 2021 führen. Die Berichterstattung zuhanden der GPK über das Gespräch erfolgte schriftlich. Zuhanden des vorliegenden Berichts haben die Referentinnen und Referenten einige nennenswerte Aspekte aus dem Geschäftsbericht zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Mit dem Geschäftsbericht der Stadt Zürich kann die Arbeit des Vorjahres der Exekutive und der Verwaltung über alle Bereiche geprüft werden. Die GPK beschränkt sich selbstverständlich nicht nur auf diese Informationsquelle. Aus der Beratung ergeben sich manchmal Themen, die von der GPK als separates Geschäft und losgelöst von der Beratung des Geschäftsberichts vertieft abgeklärt werden.
- Die GPK kann in den einzelnen Departementen über das zuständige Stadtratsmitglied Abklärungen tätigen. Dies geschieht oft über den Referenten oder die Referentin. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK diese Arbeit entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamt-Kommission wahr.
- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.

¹ GPK-Präsidentin Martina Zürcher (FDP), GPK-Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

- Die GPK trifft sich jährlich mindestens einmal mit dem Direktor der Finanzkontrolle, mit dem Ombudsmann halbjährlich und mit dem Datenschutzbeauftragten ein Mal pro Jahr, ausser es liegen besondere datenschutzrechtliche Fragen vor, was einen intensiveren Austausch zur Folge hat. Zwischen den Treffen geht die GPK Hinweisen aus den erwähnten Stellen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit nach.

Die GPK verabschiedete ihren Tätigkeitsbericht 2021 zuhanden des Gemeinderats und der Öffentlichkeit am 14. März 2022 (GR Nr. 2022/62).

Gemäss Gemeindegesetz haben alle Gemeinden den Geschäftsbericht bis Ende Juni des Folgejahres zu beraten und darüber zu beschliessen. Trotz Legislaturwechsel und damit verbundenen personellen Wechseln war die GPK in der Lage, den Geschäftsbericht 2021 der Stadt Zürich sorgfältig zu beraten und termingerecht die Beratungen zuhanden des Gemeinderats abzuschliessen. Dies war auch dank der frühzeitigen Zustellung des Geschäftsberichts durch die Stadtkanzlei möglich und erfolgte im Einverständnis mit dem Stadtrat unter dem Vorbehalt der Geheimhaltung bis zur öffentlichen Publikation. Die umfangreichen Rückfragen der GPK wurden von den Departementen fristgerecht beantwortet. Die GPK führte vier Lesungen durch.

2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich

Der letzte Geschäftsbericht in der inzwischen abgelaufenen Legislatur ist mit 452 Seiten rein quantitativ ähnlich umfangreich wie im Vorjahr (430 Seiten). Analog zum Vorjahr beeinflusste auch die Corona-Pandemie die Arbeit der städtischen Verwaltung nicht nur im Gesundheits- und Umweltdepartement teils stark, jedoch kommt das Wort «Corona» im Bericht nur noch 164-mal vor, im Vorjahr waren es noch 228 Nennungen. «Velo» liest man hingegen 311-mal, «smart» und «Netto-Null» je nur rund 50-mal, dies obwohl «Netto-Null» als Beitrag zur Klimaneutralität bereits im allgemeinen Vorwort als eines der aktuell wichtigen politischen Programme aufgeführt ist. Weiter wird die weitgehende Einführung von Tempo 30 hervorgehoben, ebenso wie die Kampagne «Zürich schaut hin», die gegen sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und Übergriffe lanciert worden war. Themen rund um die «Digitalisierung» findet man immerhin an gut 100 Stellen im Bericht.

Ebenfalls wird an verschiedenen Orten im Bericht ein Augenmerk auf die Eröffnung des renovierten Gebäudeensembles Kongresshaus und Tonhalle am See gelegt, allerdings ohne die Verzögerungen beim Bauprojekt zu erwähnen, über deren Hintergründe die GPK Ende 2020 einen Bericht und Handlungsempfehlungen verfasst hatte. Weiter findet der Gesamtstadtrat die Eröffnung des Kunsthaus-Erweiterungsbaus, den Projektwettbewerb zur Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende, die durchgeführte Bevölkerungsbefragung und dass die Stimmberechtigten im Jahr 2021 allen zwölf städtischen Sachvorlagen zugestimmt haben, auf der ersten Seite erwähnenswert.

Die starken Schneefälle im Januar 2021 sowie die Stürme und Regenfälle mit grossen Schäden am Baumbestand im Juli 2021 forderten die Stadt ebenfalls sehr. So findet der Leser und die Leserin des diesjährigen Geschäftsberichts diverse Begriffe wie «Schneefälle», «Schneelasten» und «Schneemassen» – alles Wörter, die im Vorjahresbericht überhaupt nicht vorgekommen sind.

2.1 Allgemeine Verwaltung

Die von der Stadtschreiberin geführte Stadtkanzlei ist nicht nur die administrative Drehscheibe für den Stadtrat, sie ist unter anderem auch zuständig für Medienversände, die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Bürgerrechtsgesuchen.

Wie schon im Vorjahr beschäftigte sich die Stadtkanzlei mit dem neuen Erscheinungsbild und dem «Relaunch» der Website. Es geht dabei nicht nur um ein neues Erscheinungsbild, sondern um einen Wandel, dass sich die Kommunikation der Stadtverwaltung grundsätzlich an ihrem Gegenüber ausrichtet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Projekt für das neue Geschäftsverwaltungs- und Sitzungsmanagementsystem. Das neue System wird heute (halb-)manuelle Prozesse ablösen und die Effizienz im Stadtrat verbessern können. Im Unterschied zum bisherigen System wird das neue System auch von anderen Verwaltungen verwendet. Dies bietet die Vorteile

eines weit verbreiteten Standardprodukts, allerdings auch den Nachteil, dass nicht mehr jeder Sonderwunsch der Verwaltung erfüllt werden kann.

Als Knotenpunkt in der Stadtverwaltung führt die Stadtkanzlei dreimal jährlich eine halbtägige Konferenz mit allen Dienstchefinnen und Dienstchefs sowie ihren Departementssekretärinnen und Departementssekretären durch. Die letzte Konferenz konnte aufgrund der verbesserten Corona-Lage endlich wieder physisch durchgeführt werden. Eine reine Informationsvermittlung ist in einer Online-Veranstaltung kein Problem, aber für die Vernetzung der Dienstabteilungen ist ein physisches Zusammenkommen hilfreicher.

Ebenfalls ein zentraler Bereich der Stadtkanzlei ist der Bereich der Abstimmungen und Wahlen. Dieser regelt die nötigen Punkte für die milizgetragenen Kreiswahlbüros ohne dabei deren Eigenverantwortung und Selbstgestaltung auszuhebeln, plausibilisiert und veröffentlicht die Resultate.

2.2 Präsidialdepartement (PRD)

Das Präsidialdepartement betreut als einen Schwerpunkt den Bereich «Kultur, Theater, Tanz und Film». Durch die Pandemie waren die Besuchszahlen kleiner als üblich. Beim Theater ist die Stadt besonders involviert in das jährlich stattfindende Theater-Spektakel, bei dem Gruppen aus aller Welt auf die Landiwiese eingeladen werden. Die meisten der Aufführungen sind dort das erste Mal in Zürich zu sehen. Darüber hinaus gibt es auch Weltpremieren. Weitere Veranstaltungen oder Ausstellungen finden sich das ganze Jahr hindurch im Theater am Hechtplatz, im Helmhaus und im Stadthaus. Zudem ist die Stadt mit Fördergeldern mit der Zürcher Filmstiftung verbunden und sie betreibt auch das Filmpodium.

Eher indirekt verbunden ist die Stadt künftig mit der Kulturförderung, da diese von einer neuen Jury beurteilt wird und damit die Weisungen für die Unterstützung einzelner Theater entfallen. Dem Stadtrat fällt dabei die Aufgabe zu, die Jury zu wählen. An deren Entscheidungen hängt künftig die Existenz der einzelnen Theater.

Einen grossen Raum nimmt auch das Museum Rietberg in Anspruch. Dieses ist ein international ausstrahlendes Kunstmuseum. Im Berichtsjahr besuchten über 50 000 Personen das Museum. Ausstellungen finden sich in der Villa Rieter wie auch im Park. In einem anderen, weniger publikumswirksamen Bereich führt die Stadt auch das Stadtarchiv. Die Entwicklung der Stadt wird in der Stadtentwicklung aufgezeigt. Studiert werden hier Nutzungs- und Entwicklungsvarianten. Auch die Wirtschaftsförderung und die Aussenbeziehungen der Stadt sind hier angesiedelt.

Mit dem Bevölkerungsamt obliegt dem Präsidialdepartement zudem der Bereich der Friedhöfe. Hier sind die Aufhebungen von Gräbern nach zwanzig Jahren ein die Bevölkerung beschäftigendes Thema. Begründet werden diese Aufhebungen mit auf der Zeitachse abnehmenden Besuchen, dem zunehmenden Nichtbezahlen von Unterhaltsarbeiten bis hin zum Wackeln von Grabsteinen. Wohl besteht die Möglichkeit, die Gräber über eine längere Zeit zu erhalten. Der Kauf von Gräbern, wie dies in anderen Ländern möglich ist, wird nirgends erwähnt.

Auch immer wieder für viel Publizität sorgt das Büro für Gleichstellung, das ebenfalls im Präsidialdepartement angesiedelt ist und sich in vielfältiger Form den Frauenfragen annimmt. Neben zahlreichen Veranstaltungen gehören auch Auskünfte und Beratungen in diesen Bereich. Eine Vielzahl von Projekten, zu denen auch das Kongresshaus und die Tonhalle sowie die Kunsthaus-Erweiterung gehören, ist im Projektstab des Stadtrats angesiedelt.

2.3 Finanzdepartement (FD)

Die Besprechung des Geschäftsberichts 2021 mit dem Vorsteher des Finanzdepartements sowie mit den Stabsmitarbeitenden fand vor der ersten Lesung der GPK statt.

Aus dem Bericht ist zu entnehmen, dass das FD keine signifikanten Erhöhungen an Konkursen festgestellt hat. Bei den juristischen Personen kommt der weitaus überwiegende Teil der Steuererträge von Grosskonzernen und stabilen mittelständischen Unternehmen und ist im

letzten Jahr leicht gestiegen. Der budgetierte Steuerertrag wurde um 161 Millionen übertroffen, jedoch könnten sich allfällige Folgen der Corona-Pandemie erst im nächsten Jahr bemerkbar machen.

Für die angepassten Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche sowie das weiterentwickelte Städtische Lohnsystem (SLS) wurden zielgruppenspezifische Schulungen für Führungskräfte und HR-Fachpersonen durchgeführt und es erfolgten stadtweite Kommunikationsmassnahmen. Die Implementierung sowie die Auswirkungen des neuen SLS werden genauestens beobachtet. Im Vergleich zum alten System, wo Lohnerhöhungen direkt an die Ziel- und Beurteilungsgespräche gekoppelt waren, spielen im neuen System mehrere Faktoren eine Rolle. Dem Führungspersonal wird mehr Ermessensspielraum gewährt.

Um das vom Gemeinderat beschlossene Klimaziel Netto-Null bis 2040 zu unterstützen, hat das Finanzdepartement verschiedene Massnahmen forciert. Liegenschaften Stadt Zürich lancierte im Berichtsjahr zwei Projekte für eine umweltfreundlichere Mobilität. Personen, die in städtischen Wohnungen wohnen und einen Fahrausweis Kategorie B besitzen, konnten kostenlos ein Jahresabonnement des Carsharing-Unternehmens «Mobility» beziehen. Im anderen Pilotprojekt wurden in der Wohnsiedlung Riedtli vier Parkplätze in Carsharing-Parkplätze umgewandelt. Die Fahrzeuge konnten von den Bewohnenden und weiteren Interessierten gemietet werden. Zudem nahm der Projektleiter «Netto-Null», dessen Stelle der Gemeinderat bewilligt hatte, die Arbeit auf und sorgte für den Ersatz von ersten Öl- und Gasheizungen in städtischen Liegenschaften. Zusammen mit Grün Stadt Zürich wurden sechs Fassadenbegrünungs-Projekte aufgelegt.

2.4 Sicherheitsdepartement (SID)

Vor der ersten Lesung in der GPK konnten diverse Fragen zu Projekten, Jahresschwerpunkten oder den Kennzahlen in den verschiedenen Dienstabteilungen im persönlichen Gespräch mit der Vorsteherin und dem zuständigen Departementssekretär ausgetauscht und geklärt werden.

Im Stadtrichteramt ist seit 2019 ein beachtlicher stetiger Rückgang bei den «Übertretungen fahrender Verkehr», wie zum Beispiel Geschwindigkeitsüberschreitungen und Rotlichtmissachtungen, sowie von Parkierungsverstössen beim «Ruhenden Verkehr» verzeichnet worden. Der erfreuliche Rückgang lässt auf die erfolgreiche Einführung des Mahnwesens für Ordnungsbussen schliessen. Das führte dazu, dass die Zahlungen der Bussen beträchtlich zunahmen und somit zum Rückgang der Falleingänge beim Stadtrichteramt führten.

Bussen können unter bestimmten Voraussetzungen durch gemeinnützige Arbeit abgearbeitet werden. Die Umwandlung einer Busse wird in der Regel mit einem Umwandlungssatz von 100 Franken für einen Tag Ersatzfreiheitsstrafe gerechnet. Vier Stunden gemeinnützige Arbeit entsprechen einem Tag Ersatzfreiheitsstrafe. Für die Prüfung der Voraussetzungen, ob und welche gemeinnützige Arbeit geleistet werden kann, sind die kantonalen Bewährungs- und Vollzugsdienste zuständig.

Im letzten Sommer wurde zur Umsetzung des Jahresschwerpunkts «Polizeipräsenz» fünf Monate lang der Pilotversuch mit sogenannten «Dialogorientierten Patrouillen» durchgeführt. Während des Versuchs waren bestimmte Patrouillen zu Fuss oder mit dem Fahrrad unterwegs mit dem Ziel, die Ansprechbarkeit und die direkte Kontaktmöglichkeit für die Bevölkerung zu erhöhen. Um das Projekt konkret auswerten zu können, wurden die Gespräche und Kontakte mittels Journaleintrag im Rapportierungssystem POLIS unter den Kategorien «von Bürger ausgehend» oder «von Polizei ausgehend» erfasst. Es fanden insgesamt fast 7000 Gespräche statt.

Bei den Kontakten seitens Bevölkerung handelte es sich mehrheitlich um Auskünfte wie Wegbeschreibungen, Rechtsauskünfte oder Fragen zum Polizeiberuf allgemein. Seitens Polizei wurden Bürgerinnen und Bürger proaktiv bezüglich aktueller Problemstellungen und Schwierigkeiten in den jeweiligen Quartieren angesprochen. Bei Bedarf wurde direkte Hilfe und Beratung angeboten und wenn nötig an andere Stellen verwiesen.

2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Auch 2021 verlangte die Bewältigung der Covid-19-Pandemie grosse Anstrengungen im GUD und insbesondere im Stadtspital, den Gesundheitszentren für das Alter (GFA) und im Fachstab unter Leitung des Direktors der Städtischen Gesundheitsdienste. Auch in der Rückschau bleibt die richtige Balance zwischen dem Schutz der Gesundheit und der Gewährleistung der persönlichen Freiheit und weiterer Verfassungsrechte eine grosse Herausforderung. Sowohl die Meinung, dass die Massnahmen teilweise zu weit gingen, wie auch die gegenteilige Ansicht ist unter den Bewohnenden und Angehörigen stark verbreitet. Die GFA haben sich darum bemüht, beispielsweise durch das Einrichten von Zelten oder über Internet Kontakte zu ermöglichen. Die Auswertung von Gesundheitsdaten, Digitalisierung und «Smart Government» müssen indessen im schweizerischen Gesundheitswesen noch grosse Entwicklungsschritte machen.

Das Berichtsjahr war auch geprägt von strukturellen Veränderungen, die indessen noch nicht abgeschlossen sind: Die Transformation, die mit dem Zusammenschluss der Spitäler Triemli und Waid in Angriff genommen wurde, benötigt weiterhin grosse Aufmerksamkeit. Ebenso wurde mit der Zusammenlegung von Alters- und Pflegezentren ein aufwändiger Prozess in Gang gesetzt. Die weiter zurückgegangene Belegung der GFA verstärkte den Handlungsbedarf. Der Wunsch, möglichst lange zu Hause leben zu können, erweist sich als anhaltender Trend, der durch die Pandemie noch gefördert wurde. Gemäss der städtischen Altersstrategie soll die spezifisch benötigte Pflege verstärkt werden und gleichzeitig sollen weniger Plätze angeboten werden für Personen, die gar keine Pflege benötigen. Zudem wird die Zusammenarbeit mit der Stiftung Alterswohnungen (SAW) intensiviert.

2021 wurden die Grundlagen für die Gemeindeordnungsrevision über das Klimaschutzziel Netto-Null 2040 abgeschlossen. Dessen Umsetzung wird das GUD und die zuständige Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen, wobei auch fundamentale politische Differenzen über den Weg zum Ziel noch zu klären sind.

2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)

Aus Sicht des TED verlief das Geschäftsjahr erfolgreich und mit mehreren bedeutenden Volksabstimmungen, die im Sinne des TED ausgingen. Über sechs Vorlagen, die das TED betrafen, hatte die Bevölkerung zu entscheiden. Bei den zwei kommunalen Richtplänen Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen sowie Verkehr geht es um wichtige Themen für das TED: Stadtgrün, Verkehrsinfrastruktur, öffentliche Plätze und Räume sowie Klimapolitik. «Stadträume und Mobilität 2040» nennt sich die entsprechende Strategie. Die Fachplanung «Hitzeminderung» wurde mit derjenigen für « Stadtbäume » ergänzt. Aus Sicht des Vorstehers des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (VTE) sind zusammen mit der neuen Netto-Null-Strategie Grundlagen für die klimaneutrale Gestaltung des Stadtraums vorhanden. Der Volksentscheid zum Ausbau der Fernwärme unterstützt ebenfalls das städtische Klimaziel. Gemäss VTE stellt der komplette Ausstieg aus der fossilen Energie zusammen mit den privaten Hauseigentümerschaften einen Kraftakt dar, verbunden mit einem finanziellen Aufwand von rund 1,5 Milliarden Franken seitens der Stadt. Die Umsetzung der Ziele zur Veloförderung erfolgt schrittweise anhand eines Zehnjahresplans mit entsprechenden Strategien. Dafür wurden zehn neue Stellen geschaffen, die Zusammenarbeit mit der Dienstabteilung Verkehr funktioniert.

Das TED wird von «Männerberufen» dominiert, die zum Teil körperlich belastende Tätigkeiten beinhalten. Dennoch weist der Geschäftsbericht für die meisten Gehaltsstufen steigende Frauenanteile auf. Ziel ist ein Frauenanteil von 35 Prozent auf allen Kaderstufen. Dementsprechend wurden Frauen häufiger befördert als Männer. In der Stadtreinigung hat sich die gleichzeitige Anstellung mehrerer Frauen als erfolgreich erwiesen. Dort wurden auch reine Frauen-Teams gebildet. Als schwierig erweist sich weiterhin die Rekrutierung von Strassenbauingenieurinnen und -ingenieuren.

Die Erneuerung der Strukturen in der Dienstabteilung Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) basierend auf Erkenntnissen des PUK-Berichts kam weiter voran. Vor einigen Monaten hat ERZ das Projekt «Betriebswirtschaftliches Konzept ERZ» begonnen. Kurz vor dem Abschluss befindet sich das Teilprojekt «Umlageschlüssel zentrale Kosten». Mit dem Budget-

prozess 2023 werden erste Resultate davon umgesetzt. Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Kosten- und Leistungsrechnung werden damit deutlich verbessert. Der Kulturwandel im Departement ist nicht abgeschlossen, befindet sich aber auf gutem Weg.

2.7 Hochbaudepartement (HBD)

Anhand des Geschäftsberichts kann gut nachvollzogen werden, was auch im zweiten Jahr der Pandemie von den Mitarbeitenden geleistet und abverlangt wurde. Dank Homeoffice und Flexibilisierung der Arbeitszeiten sei das Departement, gemäss Vorsteher des HBD, ganz gut durch dieses Jahr gekommen. Das während der Pandemie stellenweise angeordnete Homeoffice wurde im Jahr 2021 in reduzierterem Rahmen weitergeführt und diese Form des Arbeitens hat sich weiter etabliert.

Bei der Einhaltung der Fristen ist zum Teil ein Stau bei den ordentlichen Verfahren entstanden. Das Amt für Baubewilligungen (AfB) ist darauf angewiesen, dass die weiteren involvierten Fachstellen ihrerseits die Fristen einhalten können. Zudem sind gemäss Statistik mehr Baugesuche eingegangen als im Vorjahr. Die bereits im Jahr 2020 erfolgte Einführung von «eBaugesucheZH» hat im Weiteren für die Mitarbeitenden noch nicht die erwartete Reduktion des Arbeitsaufwands gebracht. Dies aufgrund der kantonalen gesetzlichen Bestimmungen, die nach wie vor die Archivierung der Baugesuchunterlagen physisch und digital verlangen und dadurch mehr Aufwand entsteht.

Im Anschluss an das Jahresgespräch mit dem Vorsteher des HBD wurde die Referentin vom Departementssekretär durch einzelne Büroräumlichkeiten geführt, die nach dem Konzept «worksmart@zürich» ausgestattet und genutzt werden. Wenn man die Räume, Arbeitsplätze und die «Büroboxen» sieht, ist davon auszugehen, dass dieser Wandel von den Mitarbeitenden und Vorgesetzten eine grosse Offenheit, Flexibilität und neue Formen der Zusammenarbeit fordert. Nebst den Arbeitsplätzen sind auch Räume eingerichtet worden, die für das Arbeiten im Team, für Besprechungs- und Rückzugsmöglichkeiten gedacht sind. Die Arbeitsplätze und Besprechungsräume können jeweils im Vorfeld gebucht/reserviert werden. Trotz Stellenzuwachs konnte das HBD durch die Umsetzung von «worksmart@zürich» vierzehn Arbeitsplätze, die ausserhalb des Amtshauses stationiert waren, zurück ins Amtshaus holen.

Aktuell kann der Vorsteher des HBD keine genaue Aussage dazu machen, wie hoch die Reduktion von Arbeitsflächen durch «worksmart@zürich» über alle Departemente ausfallen wird.

Anlässlich des Jahresgesprächs wurden unter anderem die unerledigten Initiativen, Motionen und Postulate besprochen. Die Annahme, dass der Stadtrat solche Vorstösse mit einer gewissen Absicht nicht bearbeitet, kann – zumindest im HBD – nicht bestätigt werden.

2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB)

Die Besprechung des Geschäftsberichts 2021 mit dem Vorsteher des DIB sowie den Stabsmitarbeitenden fand in Form einer hybriden Besprechung statt.

Die Wasserversorgung der Stadt Zürich berichtet, dass die Erneuerung der Graugussleitungen laufend voranschreitet. Dabei wurden Projekte mit tieferer Priorität vorgezogen, da Projekte der Priorität 1 aus übergeordneten Gründen blockiert sind. Erneuerungsprojekte der Priorität 1 sind meist grössere Strassenprojekte, bei denen man auf koordiniertes Bauen mit anderen Bauvorhaben setzt, damit die Strassen nicht mehrere Male aufgerissen werden müssen. Oder aber es sind noch politische Entscheide ausstehend, die die Erneuerungsvorhaben verzögern.

Der Verkauf der Kernenergiebeteiligungen gestaltet sich schwierig. Da im vorherigen Jahr die Verhandlungen abgebrochen werden mussten, hat der Stadtrat mit den Aktionären Gespräche geführt, wie die Beschlüsse der Stimmberechtigten und die Anliegen der Politik umgesetzt werden können. Die Ergebnisse aus den Gesprächen sowie die geforderten Massnahmen zweier Postulate fliessen in einen Bericht, den der Stadtrat Mitte 2022 veröffentlichen wird.

Im Jahr 2021 haben die VBZ insgesamt 20 neue Flexity-Trams in Betrieb gesetzt. Die Bestellmenge von 25 Trams konnte leider nicht ganz erfüllt werden. Dies ist auf die allgemeinen globalen Lieferschwierigkeiten zurückzuführen. Das Ziel ist jedoch, bis im Jahr 2026 alle bestellten Flexitys in Betrieb zu haben. Die Trams T2000 der Serie I und II werden zum Teil zur

Wiederverwendung in die ukrainische Stadt Vinnytsia gebracht, wobei die Auslieferung aufgrund des Kriegs pausiert wird. Die restlichen Trams T2000 werden entweder verschrottet oder von den VBZ als historische Fahrzeuge zurückgehalten.

Zuletzt wurden im Jahresgespräch einige Fragen zum Personal der Wasserversorgung und VBZ gestellt. Die Fluktuationsrate ist im Vergleich zur Privatwirtschaft erfreulich niedrig. Der Altersdurchschnitt ist im Vergleich zum Elektrizitätswerk (ewz) oder zu Energie 360°, wo das Thema Nachhaltigkeit und Energiewende im Vordergrund steht, etwas höher. Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Rekrutierung von neuem Personal in allen Betrieben eine Herausforderung darstellt.

2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD)

Die Besprechung des Geschäftsberichts 2021 mit dem Vorsteher des SSD sowie mit den Stabsmitarbeitenden erfolgte im kleinen Rahmen. Anlässlich des Gesprächs wurden zahlreiche Fragen gestellt, die teilweise direkt beantwortet werden konnten. Andere Antworten wurden im Anschluss nachgereicht.

Ein Jahresschwerpunkt war das Programm der Fachstelle für Gewaltprävention (FfG) zur Ausbildung von Konfliktlotsinnen und Konfliktlotsen. Das Programm konnte inzwischen in dreissig Schulen eingeführt werden. Die GPK liess sich über dieses Programm genauer informieren und erhielt unter anderem den Leitfaden sowie das Schulungsprogramm.

Die Erkenntnisse der «Zürcher Evaluation Fernlernen – Digital zu Hause und doch Schule» betreffend die pädagogischen, technischen und organisatorischen Herausforderungen in der Zeit der Schulschliessung im Frühjahr 2020 finden nun in der Strategie Zürcher Schulpflege (ZSP) und der Bildungsagenda Berücksichtigung. Dass nur sechs von zehn Lehrpersonen davon ausgehen, dass digitale Medien jetzt vermehrt eingesetzt werden, liegt daran, dass es zwischen den Schulstufen Unterschiede in der Nutzung digitaler Medien gibt. Das «Konzept Fernunterricht» des Volksschulamts (VSA) wurde bei der Erarbeitung der städtischen Minimalstandards für «Digitales unterrichten» verwendet und den Stadtzürcher Gegebenheiten angepasst.

Die GPK liess sich weiter über die Schulraumentwicklung, die neben dem ausgetrockneten Stellenmarkt eine der grössten Herausforderungen ist, informieren. Es sind aktuell 25 Grossprojekte im Rahmen der Schulraumoffensive geplant. Die GPK liess sich die Prioritätenliste aufzeigen. Bei den Stellen sind insbesondere Klassenassistenten und Kindergarten-Lehrpersonen gesucht.

Die Fachschule Viventa erlangte im Berichtsjahr für das Angebot «15plusSHS» den Sonderstatus und passte aufgrund steigender Schülerinnen- und Schülerzahlen in diesem Bereich das Organigramm an.

Auch 2021 waren die Schulen durch die Corona-Pandemie stark gefordert. Das Ziel, Schulschliessungen zu verhindern, konnte unter anderem dank freiwilligen, präventiven Reihentestungen in den Schulen erreicht werden. Die meisten Schulen führten Reihentestungen durch. Diesbezüglich sind auch die Sonderaufgaben des Schulärztlichen Dienstes zu erwähnen.

Bezüglich Nutzung einer zweiten Eisfläche im Heuried ist gemäss SSD das HBD zuständig. Die Öffnungszeiten von Turnhallen und Sportplätzen können für die Öffentlichkeit nicht ausgeweitet werden, unter anderem da die Flächen nicht ohne Aufsicht geöffnet werden dürfen.

2.10 Sozialdepartement (SD)

Im Gespräch über das vergangene Jahr konnte der im 2022 ausgebrochene Krieg in der Ukraine nicht gänzlich ausgeklammert werden. Dieser Krieg beschäftigt auch das Sozialdepartement. Es stellen sich Fragen, wie mit Flüchtlingen aus anderen Konfliktgebieten im Sinne einer rechtsgleichen Behandlung umgegangen werden soll und inwiefern eine Gleichbehandlung mit ukrainischen Geflüchteten rechtlich und politisch möglich ist. Zum Diskussionsgegenstand könnte sicherlich z. B. die Gratisteilnahme von anderen Geflüchteten als jene mit Status S ohne anerkannte Asylgründe am öffentlichen Verkehr werden.

Sodann wurde im Jahresgespräch die neu eingeführte wirtschaftliche Basishilfe thematisiert. Diese ist eine neue Massnahme zur Existenzsicherung für in der Stadt Zürich verankerte Menschen ohne Schweizer Pass in prekären wirtschaftlichen Lebenssituationen, die etwa keinen (risikofreien) Zugang zur Sozialhilfe haben. Eine solche Notsituation ist für viele dieser Menschen als Folge der Pandemie im vergangenen Jahr eingetreten. Gemäss dem Vorsteher sei die wirtschaftliche Basishilfe nicht überstürzt eingeführt worden und den rechtlichen Aspekten sei genügend Rechnung getragen. Das Versäumnis, die Frist für den beabsichtigten Rekurs einzuhalten, wird vom Sozialdepartement als ein bedauerlicher Fehler beurteilt. Es wird ein öffentlich zugänglicher Abschlussbericht mit den wichtigsten inhaltlichen Erkenntnissen aus dem Projekt «Wirtschaftliche Basishilfe» erstellt. Trotz Corona-Pandemie wird aber im Gesamten ein Fallrückgang in der Sozialhilfe verzeichnet. Dies wird vor allem auf die der Sozialhilfe vorgelagerten Sozialversicherungen und wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen des Bundes, des Kantons und der Stadt zurückgeführt.

Die Reform der Ergänzungsleistungen führt zu einer Senkung der Vermögensfreigrenze. Die Freigrenze übersteigende Beträge werden gemäss einer proportionalen Quote zum Vermögensverzehr gezahlt.

Bezüglich aktualisiertem Leistungsauftrag mit der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) hat sich die Frage gestellt, ob der Leistungsauftrag vom 25. August 2021 mit der AOZ-Verordnung vereinbar ist. Weitere Fragen betreffen den Wegfall von konkreten Aufgaben mit dem Austritt des Sozialvorstehers aus dem Verwaltungsrat der AOZ oder die Weiterentwicklung der Unterstützungsangebote zur Erlangung eines Sek-II-Abschlusses.

3. Unerledigte Motionen und Postulate

Da die Abschreibungsanträge zu den Postulaten seit 2019 in einer separaten Weisung beraten werden und nicht mehr Teil des Geschäftsberichts der Stadt Zürich sind, listet der Stadtrat nur noch die unerledigten Motionen und Postulate im Geschäftsbericht auf. Eine Berichterstattung an den Gemeinderat ist ab zwei Jahren notwendig, weshalb der Stadtrat den Stand der Abklärungen teilweise kommentiert.

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 130 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate ersuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung des Stadtrats nicht teilt, eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist für den Stadtrat eine Motion erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der GeschO GR nicht geregelt.

Die GPK prüfte im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts auch diese Geschäfte. Sie hatte Rückfragen zu drei unerledigten Postulaten (SID: 2016/470; GUD: 2018/59; HBD: 2018/161) und eine Anmerkung zu einer Motion (SSD: 2017/210). Die Antworten respektive die Rückmeldung waren für die GPK zufriedenstellend. Im Berichtsjahr stellte der Stadtrat bis auf eine Motion zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat. Bezüglich der Motion GR Nr. 2017/104 wurde die GPK über die Gründe der leicht verzögerten Fertigstellung der Weisung nachvollziehbar informiert.

4. Dank

Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, der Stadtschreiberin, dem Rechtskonsultanten des Stadtrats sowie den Departementssekretärinnen und -sekretären dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.



5. Antrag und Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2021 (Beilage, Fassung vom März 2022) wird genehmigt.

Referentin zur Vorstellung des Berichts: Präsidentin Martina Zürcher (FDP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Martina Zürcher (FDP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent

Für die Geschäftsprüfungskommission

Präsidentin Martina Zürcher (FDP)
Sekretär Gregor Bucher

Zürich, 20. Juni 2022